

Skalare Dimensionen

Nicolás Alejandro Bech

Einleitung

Am Montag, den 07.07.2025, begann die zweite Hälfte der gemeinsamen Exkursion Vergleichende Perspektiven auf Klimawandelanpassung und Demokratie in Wien und Berlin. Diesmal war Berlin der Schauplatz. Gemeinsam mit meiner Mitreferentin Livia Stümer leitete ich den Slot zum Thema Skalare Dimensionen der klimagerechten Stadtentwicklung. Unser Startpunkt war der Flussbadgarten in Berlin-Mitte. Von dort führte uns ein Spaziergang zunächst zum Gendarmenmarkt, weiter in Richtung Friedrichstraße und schließlich zum Hafenplatz in Kreuzberg, wo wir den Tag beendeten.

Im Zentrum stand die Frage, wie Konflikte um urbane Transformationen nicht nur lokal wirksam werden, sondern auf unterschiedlichen Maßstabsebenen verhandelt sind. Unser Ziel war es, diese vielschichtigen Auseinandersetzungen im Stadtraum sichtbar zu machen und zu reflektieren, welche Faktoren über Erfolg oder Scheitern stadtentwicklungspolitischer Projekte entscheiden können. Dabei interessierte uns besonders, wie Konflikte zu Indikatoren für Machtverschiebungen werden und welche Rolle sie für die Wahrnehmung von Klimawandelanpassung in der Stadt spielen.

Im Folgenden möchte ich diese thematischen Überlegungen ausarbeiten und an den einzelnen Stationen nachvollziehen, welche Konfliktlinien, Maßstabsebenen und Dynamiken sichtbar wurden. Darauf folgt eine vergleichende Perspektive zu Wien. Abschließend gehe ich knapp darauf ein, wie unser Slot verlaufen ist, welche Herausforderungen uns begegneten und welche Rückmeldungen wir erhalten haben.

Konflikte als Zugriff

Bereits in unserem ersten Gespräch mit der Gegengruppe aus Wien wurde deutlich, dass es eine besondere Herausforderung sein würde, das Thema skalare Dimensionen im Rahmen einer Exkursion anschaulich und greifbar zu machen. Maßstabsebenen sind in der Regel abstrakte Konzepte, sie lassen sich nicht einfach im Stadtraum ablesen, sondern treten erst im Zusammenspiel verschiedener Akteur:innen, politischer Ebenen und planerischer Prozesse in Erscheinung. Anders als architektonische Strukturen oder sichtbare Infrastrukturen lassen sich Maßstabslogiken nicht direkt „zeigen“. Genau darin lag die Schwierigkeit: Wie kann man ein theoretisches Konzept wie „skalar“ so übersetzen, dass es im Gehen, Beobachten und Diskutieren vor Ort erfahrbar wird?

Konflikte im Stadtraum hingegen sind in unserer alltäglichen Lebensrealität sehr präsent, sei es in den Medien, auf Plakaten und Stickern im Stadtraum oder unmittelbar durch Proteste und Demonstrationen. Wie Grossmann (2019) im Rahmen der Konfliktanalyse betont, bieten gerade solche Auseinandersetzungen die Möglichkeit, Ungerechtigkeiten, Machtstrukturen, Normen und Interessen in Prozessen der Nachhaltigkeitstransformation sichtbar zu machen und in größere gesellschaftliche sowie Governance-Kontexte einzuordnen. Auch Sarkheyli et al. (2025) zeigen, dass Maßstabsebenen durch Konflikte fassbar werden, beispielsweise dann,

wenn eine Straße umgestaltet wird, ein Projekt auf Widerstand stößt oder politische Ebenen aneinander vorbeiplanen.

Bereits in Wien konnten wir dieses Spannungsfeld zwischen städtischer Strategie und lokaler Realität sehr deutlich beobachten. Das Projekt Raus aus Gas verdeutlichte, wie ambitionierte politische Zielsetzungen auf strukturelle und soziale Barrieren treffen: Wohnbaugesellschaften agieren zögerlich, technische Umstellungen stoßen auf finanzielle wie organisatorische Hürden, und Eigentümer:innen äußern teils deutliche Ablehnung gegenüber zentral verordneten Maßnahmen. Diese Differenzen markieren den Maßstabsbruch zwischen Stadtpolitik und lokaler Umsetzungsebene. Gerade hier wurde sichtbar: Skalare Dimensionen sind im Raum nicht direkt erkennbar, aber Konflikte machen sie sichtbar. Diese Beobachtung, gestützt durch Grossmann (2019) und Sarkheyli et al. (2025), hat uns bestärkt, Konflikte als Zugriff für die Beobachtung von Maßstabsebenen zu wählen.

Mit diesem Zugang im Hinterkopf suchten wir in Berlin gezielt nach vergleichbaren Reibungspunkten und fanden sie in vier konkreten Räumen, die exemplarisch für konfliktbeladene Transformationen stehen: das Flussbad-Projekt in der Spree, die (temporäre) Umgestaltung der Friedrichstraße zur autofreien Zone, der Gendarmenmarkt im Kontext stadtästhetischer Planung sowie der Hafenplatz, an dem Maßnahmen zur Umgestaltung von Häuserblocks auf lokalen Widerstand stoßen. In allen Fällen zeigte sich, dass Maßstabskonflikte nicht nur zwischen politischen Ebenen verlaufen, sondern auch innerhalb einzelner Ebenen, etwa zwischen Verwaltungseinheiten, politischen Fraktionen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Anwohner:innen.

Aushandlungsprozesse der Maßstabsebenen

Am Beispiel des Hafenplatzes in Kreuzberg wurde für mich besonders deutlich, wie komplex und vielschichtig Maßstabskonflikte in der Stadtentwicklung verlaufen. Der Hafenplatz, am Westufer des Mendelssohn-Bartholdy-Parks gelegen, ist ein Ensemble von Wohngebäuden aus den 1970er Jahren, darunter das markante Terrassenhaus die sogenannte „Pyramide“, umgeben von kleineren Gewerbeeinheiten. In über 300 Wohneinheiten leben hauptsächlich Studierende, Menschen mit niedrigeren Einkommen und seit 2022 auch viele ukrainische Geflüchtete.

Seit 2018 gibt es unter dem Label „Kulturhafen“ erste Konzepte, dieses Gebiet weiterzuentwickeln. Das Trägerkonsortium, bestehend aus den Unternehmen Artprojekt, der TTI-Gruppe, Hedera-Bauwert und der landeseigenen Gewobag, entwickelte das Konzept weiter und inszeniert den Hafenplatz als Zukunftsquartier: „Unsere Vision ist die Weiterentwicklung des Quartiers am Hafenplatz in den Kulturhafen Kreuzberg: Ein lebendiges, diverses, soziales, ökologisches und kulturell geprägtes Stadtquartier“ (Gewobag, o.J.). Es dominieren offene Höfe, neue Wegebeziehungen, Raum für Begegnung und ein sogenanntes „grünes Herz“ inmitten dichter Bebauung. Es ist eine Vision, die stark auf Nachhaltigkeit, Urbanität und Gemeinschaft verweist und damit ein positives Bild einer klimagerechten, sozialen Stadt zeichnet.

Doch gerade dieses positive Zukunftsbild stieß auf massiven Widerspruch. Denn während Politik und Planung das Projekt als Leuchtturm einer sozial-ökologischen Transformation rahmen, verfolgten die Eigentümer:innen, allen voran der medienbekannte Investor Ioannis

Moraitis der Hedera-Bauwert GmbH, klare ökonomische Interessen (Peter, 2024). Nachdem die Hedera-Bauwert GmbH 2023 Insolvenz anmeldete und immer mehr problematische oder „unseriöse“ Handlungen bekannt wurden, distanzierten sich ‚die Politik‘ und die Gewobag von dem Projekt, das seitdem nicht weiterverfolgt wird. Die unsichere Zukunft des Vorhabens und die Angst vor Verdrängung führten zur Gründung einer engagierten Mieter:inneninitiative, die sich aktiv für den Erhalt der bestehenden Baustruktur einsetzt und gegen Verdrängung kämpft. Bei unserem Besuch wurde dies besonders sichtbar: Überall hingen Sticker, Plakate und Banner mit der Botschaft „Hafenplatz bleibt“, die den starken lokalen Widerstand und das Engagement der Bewohner:innen verdeutlichten.

Besonders eindrücklich war für mich, wie sich die Konflikte nicht nur zwischen Maßstabsebenen oder zwischen politischen und privatwirtschaftlichen Akteur:innen auf Eigentümer:innen-Ebene abspielten, sondern auch innerhalb der Nachbarschaft selbst. In Gesprächen wurde klar, dass es keine einheitliche Position gibt: Während ein Anwohner leidenschaftlich den Erhalt der bestehenden Baustruktur verteidigte, sah ein anderer im kompletten Rückbau die Chance auf bessere Wohnbedingungen und eine städtebauliche Aufwertung des Quartiers. Diese internen Spannungen zeigen, dass Konflikte nicht nur entlang der klassischen Linien „oben“ (Politik, Eigentümer:innen) und „unten“ (Zivilgesellschaft) verlaufen, sondern dass auch innerhalb lokaler Gemeinschaften unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse miteinander ringen.

Gerade durch diese Vielstimmigkeit wurde der Hafenplatz für mich zu einem Paradebeispiel, wie die Maßstabsebenen stadtpolitischer Aushandlungsprozesse konkret sichtbar werden können. Sie prallen hier direkt aufeinander: die übergeordnete stadtpolitische Zielsetzung einer „nachhaltigen Transformation“, die wirtschaftliche Logik der Eigentümer:innen und die sehr konkreten Sorgen der Anwohner:innen um ihr Zuhause.

Die Friedrichstraße als ideologischer Stellvertreter?

Die Friedrichstraße ist in den letzten Jahren zu einem Paradebeispiel geworden, wie sehr Stadtplanung zum Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte werden kann. Im August 2020, mitten in der Corona-Pandemie, wurde ein zentraler Abschnitt, zwischen Französischer und Leipziger Straße testweise für den Autoverkehr gesperrt und als autofreie Zone ausgewiesen (siehe Abbildung 1). Die Maßnahme wurde von der damaligen rot-rot-grünen Regierung mitten im Wahlkampf als Beispiel einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik präsentiert: mehr Aufenthaltsqualität, weniger Autoverkehr, sichtbarer Fortschritt in Richtung Mobilitätswende (Leffler, 2023). Tatsächlich konnten in dieser Zeit messbare Verbesserungen festgestellt werden: Die Luftqualität verbesserte sich, die Straße wurde als Aufenthaltsraum stärker genutzt und es kam zu weniger Verkehrsunfällen. Dennoch regte sich schnell Widerstand. Einzelhändler:innen klagten über Umsatzeinbußen, Anwohnende kritisierten mangelnde Einbindung, Wirtschaftsverbände und die CDU stellten das Projekt als Symbol grüner Klientelpolitik dar (Richter, 2023). Die Konflikte führten zu juristischen Auseinandersetzungen, politischen Rücknahmen und schließlich nach den Neuwahlen im Jahr 2023 zur Wiederöffnung der Straße für Autos. Damit wurde deutlich: Hier ging es nicht allein um die Frage der Verkehrsgestaltung, sondern um die symbolische Bedeutung von Raum und dessen Nutzung.

Abbildung 1: Die autofreie Friedrichstraße



© Darnigel 2020

Das skizzierte Spannungsfeld stützt meine These, dass es bei der Auseinandersetzung um die Friedrichstraße weniger um den Verkehr auf ebendieser Straße geht, sondern sich vielmehr um einen Stellvertreterkonflikt ideologischer Natur handelt. An der Straße wurde nicht bloß erprobt, wie sich Fußgängerzonen im Berliner Zentrum anfühlen, sondern es prallten gesellschaftliche Weltbilder aufeinander: die grüne Vision einer klimapolitisch motivierten Transformation urbaner Räume gegen ein konservativ-ökonomisches Narrativ, das Mobilität und Geschäftstätigkeit eng mit dem Auto verknüpft. Haas et al. (2025) argumentieren, dass Konflikte in nachhaltigen Transformationsprozessen häufig nicht primär über die sachliche Ebene (etwa wie im Fall Friedrichstraße Verkehrsfluss oder Aufenthaltsqualität) ausgetragen werden, sondern als Projektionsflächen für tieferliegende politische und ideologische Auseinandersetzungen fungieren.

Übertragen auf die Friedrichstraße erscheint mir besonders eindrücklich, dass dieser Konflikt nicht nur entlang parteipolitischer Linien verlief, sondern auch innerhalb der Nachbarschaft, der Geschäftsleute und verschiedener Initiativen. Der Streit um 500 Meter Straße verdichtete sich so zu einer größeren Frage: Soll Berlin den Weg hin zu einer nachhaltigen Stadt der kurzen Wege einschlagen oder bleibt die automobilen Erreichbarkeit das dominante Leitmotiv urbaner Entwicklung? Gerade darin zeigt sich die Relevanz des Maßstabthemas: Auf einer Straße mitten in der Innenstadt wurde ein Konflikt sichtbar, der weit über das Quartier hinausgeht und die Frage aufwirft, welche politischen Ebenen, Interessen und Zukunftsvorstellungen in der Transformation der Stadt dominieren sollen. Die Friedrichstraße wird damit zur Stellvertreterin eines Aushandlungsprozesses, in dem sich lokale, stadtweite und gesamtgesellschaftliche Maßstabsebenen überlagern.

Stadtstruktur und politische Kontinuität als Rahmenbedingung – Ein Vergleich zwischen Wien und Berlin

Wenn man Wien und Berlin nebeneinanderstellt, wird deutlich, wie sehr politische Kontinuitäten die Möglichkeiten städtischer Transformation prägen. Wien wird seit Jahrzehnten von der SPÖ regiert, was eine stabile politische Linie ermöglicht hat. In Berlin hingegen wechselten die Koalitionen in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig. Von rot-grünen über rot-rote und rot-rot-grüne bis hin zu schwarz-roten Koalitionen. Jede neue Konstellation brachte eigene Prioritäten und Deutungen mit sich. Während Wien damit auf eine langfristige, konsistente Steuerung setzen kann, ist Berlin geprägt von Brüchen, Richtungswechseln und kurzfristigen Pilotprojekten.

Ein Blick auf die Energiepolitik zeigt diesen Unterschied besonders deutlich. In Wien wird der Ausstieg aus fossilem Gas nicht nur als kommunale Aufgabe, sondern als nationale Strategie vorangetrieben. „Raus aus Gas“ ist ein klassisches Top-Down-Projekt: klar formuliert, mit langfristigem Zeithorizont und verbindlicher Umsetzung. In Berlin dagegen verlaufen vergleichbare Vorhaben weniger stringent. Das Beispiel der Friedrichstraße zeigt, wie politische Entscheidungen schnell wieder infrage gestellt oder zurückgenommen werden, häufig abhängig von Wahlzyklen und parteipolitischen Kräfteverhältnissen. Diese Brüche öffnen den Raum für eine Vielzahl von bottom-up-Initiativen, die nicht auf Kontinuität von oben vertrauen, sondern ihre Stärke in zivilgesellschaftlicher Beharrlichkeit entwickeln.

Besonders deutlich wird das am Projekt Flussbad Berlin. Seit über zehn Jahren engagiert sich ein Verein dafür, den Spreekanal in Berlins historischer Mitte als öffentlichen Badeort und ökologisches Modellprojekt zu öffnen. Aus einer zunächst zivilgesellschaftlichen Vision wurde ein international beachtetes Vorhaben. Selbst die New York Times bezeichnete das Projekt als Symbol einer modernen, zukunftsgerichteten Hauptstadt (Kimmelman, 2015). Doch zugleich zeigen sich am Flussbad, ähnlich wie bei der Friedrichstraße, einige Maßstabskonflikte: Trotz breiter Aufmerksamkeit blieb die Umsetzung jahrelang aus; sie ist von politischen Entscheidungen abhängig und wurde durch lokale Widerstände immer wieder verzögert (Fluss Bad Berlin, o.J.).

Für mich wird in diesem Vergleich und aus den Erfahrungen der Exkursion deutlich: Während in Wien die entscheidenden Impulse häufig von oben ausgehen, entstehen in Berlin viele Veränderungen von unten, aus Initiativen, Vereinen und Nachbarschaften heraus. Beide Wege haben ihre eigenen Dynamiken und gehen mit spezifischen Konflikten einher. Die Frage, welche Maßstabsebene letztlich den Ausschlag gibt, bleibt offen. Doch der Vergleich macht sichtbar, dass Kontinuität und Brüche, top-down und bottom-up, weniger Gegensätze als vielmehr unterschiedliche Modi urbaner Transformation sind, die je nach Kontext unterschiedliche Handlungsspielräume eröffnen. Wie Petra Schöfmann von Urban Innovation Vienna betonte, seien zentrale Lösungen langfristig effizienter als eine Vielzahl einzelner Projekte. Diese Perspektive mag in Wien berechtigt sein, wo politische und institutionelle Stabilität zentrale Maßnahmen begünstigt. In Berlin hingegen, wo diese Kontinuität fehlt, gewinnen bottom-up-Initiativen an Bedeutung, nicht trotz, sondern gerade wegen ihres konfliktbehafteten Charakters. Projekte wie das Flussbad agieren unabhängig von wechselnden Mehrheiten und verkörpern damit eine Form von Beständigkeit, die nicht zwingend an eine einzelne Maßstabsebene gebunden ist. Meines Erachtens ist vielmehr das Zusammenspiel entscheidend: Nationale Strategien wie in Wien können Tempo und Klarheit schaffen, während lokale Bewegungen wie in Berlin gesellschaftliche Breite und Teilhabe

sichern. Urbane Transformation entsteht so nicht durch die Dominanz einer Ebene, sondern durch die produktive Spannung zwischen verschiedenen Ebenen.

Methodenreflexion - Wie ist die Exkursion gelaufen?

Rückblickend war der von uns gestaltete Nachmittag geprägt von einer hohen Dichte an Input, aber einer vergleichsweise geringen Interaktion. Gerade an den einzelnen Stationen standen viele Informationen und Konfliktlinien im Vordergrund, während für den Austausch nur begrenzt Zeit blieb. Gleichzeitig waren es oft die unerwarteten Momente, die besonders eindrücklich wirkten: Am Hafenplatz zum Beispiel begegneten wir nicht nur der geplanten Projektidee, sondern auch Security-Personal, Anwohner:innen und einer Geflüchtetenunterkunft – Faktoren, die die Wahrnehmung des Ortes unmittelbar veränderten und das Spannungsfeld zwischen planerischen Visionen und gelebter Realität deutlich machten.

Ein gewisses Defizit zeigte sich darin, dass die Vergleichbarkeit zu Wien nur bedingt hergestellt werden konnte. Zwar ließen sich thematische Parallelen ziehen, etwa zu Fragen politischer Kontinuität oder zu Top-Down- und Bottom-Up-Prozessen, doch blieben die Kontraste aufgrund der sehr unterschiedlichen Kontexte oft abstrakt.

Nichtsdestotrotz war das Feedback durchweg positiv. Besonders hervorgehoben wurde die Vielfalt der Probleme, die wir an den einzelnen Orten sichtbar machen konnten. Es wurde deutlich, dass Konflikte um Stadtentwicklung nicht nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betreffen, sondern viele unterschiedliche Lebenswelten durchziehen, von Weinhändlern in der Friedrichstraße bis hin zu Geflüchteten aus der Ukraine am Hafenplatz. Diese Bandbreite der Perspektiven hat den Teilnehmenden verdeutlicht, dass urbane Konflikte immer auch Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Verteilung aufwerfen, die weit über die planerische Ebene hinausreichen.

Fazit

Rückblickend hat unser Exkursionsslot deutlich gemacht, wie komplex urbane Transformationen sind und wie sehr sie auf unterschiedlichen Maßstabebenen verhandelt werden. Konflikte im Stadtraum, sei es am Hafenplatz, in der Friedrichstraße oder beim Flussbad, dienen dabei als Fenster, um Machtverhältnisse, Interessenlagen und gesellschaftliche Spannungen sichtbar zu machen. Dabei zeigte sich, dass Konflikte nicht nur zwischen politischen Ebenen verlaufen, sondern auch innerhalb einzelner Akteursgruppen, von Anwohner:innen über Eigentümer:innen bis hin zu Verwaltungseinheiten.

Der Vergleich mit Wien hat die Rolle politischer Kontinuität besonders deutlich gemacht: Während in Wien top-down-Projekte wie „Raus aus Gas“ vergleichsweise klar gesteuert werden können, entstehen in Berlin viele Veränderungen bottom-up und entfalten Wirkung durch langfristige Präsenz und gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Dadurch wird greifbar, dass urbane Transformation nicht allein durch die Dominanz einer Ebene in Gang kommt, sondern durch das Zusammenspiel verschiedener Maßstabebenen und Interessen.

Für mich liegt die zentrale Einsicht darin, dass Konflikte und Spannungen nicht nur Hindernisse sind, sondern zugleich Orientierungspunkte für das Verständnis städtischer Prozesse bieten.

Sie machen sichtbar, welche Kräfte, Perspektiven und Werte in der Stadtentwicklung aufeinandertreffen und eröffnen damit einen differenzierten Blick auf die Gestaltung urbaner Räume im Kontext von Klimawandelanpassung und Demokratie.

Literaturverzeichnis

Fluss Bad Berlin (o.J.): Das Projekt. Online verfügbar unter <https://www.flussbad-berlin.de/fluss-bad-projekt>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2024, zuletzt geprüft am 28.08.2025.

Gewobag (o.J.): Quartier am Hafenplatz - Kulturhafen. Online verfügbar unter <https://www.baustelle-gemeinwohl.de/wp-content/uploads/2024/01/240125-praesentation-stawo-fhxb-hfp-optimized.pdf>, zuletzt geprüft am 26.08.2025.

Grossmann, Katrin (2019): Using conflicts to uncover injustices in energy transitions: The case of social impacts of energy efficiency policies in the housing sector in Germany. In: *Global Transitions* 1, S. 148–156. DOI: 10.1016/j.glt.2019.10.003.

Haas, Tobias; Sander, Hendrik; Fünfgeld, Anna; Mey, Franziska (2025): Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. In: *Energy Research & Social Science* 123, S. 104034. DOI: 10.1016/j.erss.2025.104034.

Kimmelman, Michael (2015): The Flussbad Plan in Berlin Reimagines a Canal for the People. In: *The New York Times*, 11.10.2015. Online verfügbar unter https://www.nytimes.com/2015/10/12/arts/design/the-flussbad-plan-in-berlin-reimagines-a-canal-for-the-people.html?_r=0, zuletzt geprüft am 28.08.2025.

Leffler, Björn (2023): Friedrichstraße wird bis 2024 für Autoverkehr geöffnet – mindestens. In: *ENTWICKLUNGSSTADT*, 30.05.2023. Online verfügbar unter <https://entwicklungsstadt.de/friedrichstrasse-wird-bis-2024-fuer-autoverkehr-geoeffnet-mindestens/>, zuletzt geprüft am 27.08.2025.

Peter, Erik (2024): Immobilieninvestor Ioannis Moraitis: Untergang am Hafenplatz. In: *taz*, 03.07.2024. Online verfügbar unter <https://taz.de/Immobilieninvestor-ioannis-Moraitis/!6018051/>, zuletzt geprüft am 22.08.2025.

Richter, Christine (2023): Autofreie Friedrichstraße: Grüne Ideologie pur. In: *Berliner Morgenpost*, 29.01.2023. Online verfügbar unter <https://www.morgenpost.de/kolumne/meine-woche/article237487053/Autofreie-Friedrichstrasse-Gruene-Ideologie-pur.html>, zuletzt geprüft am 27.08.2025.

Sarkheyli, Elnaz; Anderton, Asger; Büker, Hannah (2025): Managing sustainability conflicts in urban development projects: Planners' perceptions and strategies in Oceanhamnen, Helsingborg. In: *Cities* 163, S. 106065. DOI: 10.1016/j.cities.2025.106065.